

Selig sind die

Antimilitaristischen

Zum Konzept „Sicherheit neu denken“

der Evangelischen Badischen Landeskirche

aus: *Grausatzelwörter 2021/460*

Kommentar

Die Evangelische Badische Landeskirche hat unter dem Titel „Sicherheit neu denken“ einen Plan erarbeitet, wie Deutschland sich bis zum Jahr 2040 in einem Staat ohne Armee verhalten könnte. Sicherheit neu zu denken bedeutet für die AutorInnen, dass Deutschland bei seiner Sicherheitspolitik die Bedürfnisse der internationalen Partnerinnen und Partner miteinbringt, statt nur das Eigeninteresse zu verfolgen. Dieses Konzept wurde zusammen mit Organisationen wie dem Bund für Soziale Verteidigung erarbeitet und fasst Erkenntnisse zusammen, die den Friedensbewegten seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts vertraut sind. In der Bibliographie finden sich Leute wie Theodor Ebert, Henrik Paulitz, Christine Schweizer oder Gene Sharp.

Auch wenn mancher von uns also denken könnte, endlich sei im Mainstream angekommen, was wir schon seit langem gefordert haben, so wirkt dieses Konzept wie aus der Zeit gefallen. Es wird in einem Augenblick publiziert, in dem die gesamtgesellschaftliche Bewegung in die Gegenrichtung weist. Die Linke scheint in der Defensive. Die öffentliche Aufmerksamkeit wird beansprucht von irrationalen, ja faschistoiden Initiativen, die sogar die Methoden und Begriffe der Alternativbewegung der 70er und 80er Jahre stehlen und diskreditieren. Der Staat gibt diesen xenophoben und aggressiven Bewegungen nach, erhöht seine Ausgaben für Militär in NATO und EU, erlaubt mehr Waffenexporte und duldet den Einfluss internationaler Konzerne auf die Politik und Gesetzgebung zwecks schrankenloser Gewinne. Das ist das Negativszenario des Konzeptes. Doch bestehen auch Tendenzen, die eine Umsetzung der positiven Vision begünstigen könnten, beispielsweise die rasante Entwicklung der Klimakatastrophe. Vorausgesetzt, dies führt nicht zum Gegenteil, zur Stärkung der Exekutive, wie schon in der Corona-Pandemie, und zur erneuten Suche nach Stündenböcken in einer Welt, die ihren Akteuren aus den Händen gleitet. Man kann dem Konzept „Sicherheit neu denken“ zugute halten, dass es über die Kirche Leute erreicht, die sich bisher zum Thema Sicherheit außer Militär gar nichts vorstellen konnten. Leider fallen gerade die Kirchen, obwohl sie auch Vernünftiges sagen, durch ihre Halbheit auf. Sie sind zu sehr in ihrer staatsfrommen Geschichte gefangen und können sich nicht zu wirklichem Widerstand aufraffen. Daher schwindet ihr gesellschaftlicher Einfluss auch rapide.

Kritik des Konzepts

Cornelia Mannewitz hat in der Zeitschrift „Zivil-Courage“ (Nr. 2/2019) eine fundamentale Kritik am Konzept „Sicherheit neu denken“ geübt, die sich aber erstaunlicher Weise nicht daran stört, dass Deutschland Mitglied der NATO bleiben soll. Nicht nur das, sie denunziert die Forderung nach Austritt sogar als „populistisch und in [ihrer] Endkonsequenz völlig falsch“. Zustimmen kann man ihrer Kritik in Bezug auf die Rolle, die die Polizei in dem Konzept einnehmen soll. Im Grunde soll sie die einzige Exekutorin des staatlichen Gewaltmonopols sein, aber dass der Staat Gewalt braucht, wird nicht wirklich in Frage gestellt. Dem Konzept „Sicherheit neu denken“ haften noch immer ein paar Denkgiganten der „Sozialen Verteidigung“ an, die gewaltfreie AnarchistInnen schon in den 80er Jahren kritisiert haben: Als gebe es überhaupt einen äußeren Feind, der uns angreifen will und gegen den die Bevölkerung aufstehen muss wie die TschechInnen und SlowakInnen gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts 1968.

Wenn allerdings Mannewitz das Konzept mit den Worten zitiert, „die Staaten Afrikas, des Nahen Ostens sowie Osteuropas bilden einen stabilen Friedensgürtel in der Nachbarschaft der EU“ (im Jahr 2040, „Sicherheit neu denken“, S. 41), scheint es mir unfair, wenn sie das einen „Cordon sanitaire“ nennt, mit dem sich Großmächte schützen. Der zitierte Text stellt diesen „Friedensgürtel“ nämlich in einen engen Zusammenhang mit den geringsten Außenbeziehungen, die als erste der fünf Säulen dieses Konzeptes angenommen werden.

Was sind gerechte Außenbeziehungen?

Aber das ist der Knackpunkt des Ganzen: Was sind „gerechte Außenbeziehungen“, und was würde es bedeuten, sie herzustellen? Dass wir gegenwärtig höchst ungerechte Außenbeziehungen haben, ist klar: Wir subventionieren Lebensmittel für den Export, wir diktiert die Preise für den Import, wir überschwenken die ärmeren Länder mit Gütern, die die heimische Produktion strangulieren. Wir sichern mit unseren Soldaten in aller Welt die Nachschubwege für die Wirtschaft, getreu dem Weißbuch von 2016 (Kap. 2.2), das der Bundeswehr die Aufgabe zuweist, überall aktiv zu sein, um die Nachschubwege zu sichern. All das unter dem Label „Verteidigung“, was den Kabarettisten Volker Pispers zu der Äußerung veranlasste: „Wir verteidigen nicht nur das, was wir haben, sondern auch das, was wir gerne hätten.“ Wir sind nicht die Guten! Wir sind Teil der Bedrohung, vor der der Rest der Welt Angst hat.

Wenn es nicht gelingt, an diesem ersten Punkt eine radikale Kehrtwende zu vollziehen, ist das ganze Konzept zum Scheitern verurteilt. Leider ist bei uns Demokratie überall da verboten, wo sie interessant wäre: In der Wirtschaft zum Beispiel, oder in der Schule oder Wissenschaft. Es bräuche also eine Bewegung, die zur Förderung von Selbstbestimmung genau die Werkzeuge des Zivilen Ungehorsams einsetzt, die in dem Konzept beschrieben werden. Es gibt durchaus Ansätze in diese Richtung, wenn beispielsweise Abbaustätten für Braunkohle besetzt werden (1) oder wenn Gruppen mit Zivilem Ungehorsam gegen die Stationierung der Atombomben in Büchel (2) oder gegen die Übungsstadt „Schmögersburg“ in Sachsen-Anhalt (3) vorgehen.

Die dem Konzept „Sicherheit neu denken“ angefügte Tabelle zu den Kosten der Konversion ist, psychologisch gesehen, etwas ungünstig gebaut. In dieser Tabelle steigen die Ausgaben für die Sicherheit ganz allgemein von € 37,06 Mrd 2013 bis auf € 74 Mrd 2040, wobei mit den Jahren die Schwerpunkte von Militärischen hin zum zivilen Bereich verschoben werden. Es kann vermutet werden, dass die Endsumme den 2 % des BIP entspricht, die die NATO fordert, das wird aber nicht gesagt. Für 2040 sind bei den Ausgaben für die Bundeswehr nur noch 6 Mrd. € (als Pensionsverpflichtungen) angesetzt, für 2030 aber noch 69,8 Mrd. €. Die Friedensbewegung hat aber immer gefordert, dass die Ausgaben für die Bundeswehr mit denen für Soziales verrechnet werden müssen, außerdem ist in der allgemeinen Debatte viel von versteckten Kosten für das Militär die Rede, ganz abgesehen von denen für die Geheimdienste. Ich denke daher, man könnte die Finanzsituation anders darstellen, in der Weise, dass der gesellschaftliche Mehrwert ziviler Sicherheit deutlich wird. Es geht ja gerade nicht darum, dass nun, nachdem die Bundeswehr abgeschafft ist, alle Bewohner*innen Deutschlands in einem ständigen Alarmgefühl leben müssen, im Gegenteil!

Schließlich könnte man sich fragen, ob der Ansatz „Sicherheit“ überhaupt hilfreich ist: Die DFG-VK Bonn-Rhein-Sieg hat ein Informationsblatt entwickelt mit der Überschrift „In welcher Welt möchtest Du leben?“ und zwei Spalten gegeneinander gestellt: die mit einer „Friedenslogik“ und die mit einer „Sicherheits-/Gewaltlogik“. Vielleicht ist das aber auch nur ein Streit um Worte: Das Gefühl von Sicherheit ist für jeden Menschen wichtig. Die Frage ist nur, wovon diese Sicherheit bedroht ist: vom Autoverkehr, von der Polizei, von Terror... Und Frieden als Abwesenheit von Krieg kann auch repressiv gedacht werden: Friedhofsruhe.

Die Initiatoren des Projekts haben sich vorgenommen, ab 2021, also ab jetzt, eine Kampagne ins Leben zu rufen, die das Konzept „Sicherheit neu denken“ breit in die Öffentlichkeit bringen will. Auf der Webseite www.sicherheitneudenken.de/ finden sich Lang- und Kurzfassung des Konzepts sowie Informationen zur Kampagne.

Gerd Buntzly

Anmerkungen
(1) vgl. <https://www.ande-gelehnde.org/>
(2) vgl. <https://www.zivilungehorsam.de/aktionen.html>
(3) vgl. <https://www.offenbuechel.de/start.htm>,
<http://www.gewaltfreie-aktion-quez-abschluss.htm#teil>